

Unsere Forderung: Digitale Infrastrukturentwicklung in der Weiterbildung

Volkshochschulen fordern eine umfassende Initiative Digitale Weiterbildung. Diese muss ausreichende Mittel vorsehen, um Ausstattung, Infrastruktur, Managementprozesse und Kompetenzentwicklung Lernender, Lehrender und Mitarbeitender zukunftsfähig zu machen. Inwiefern unterstützen Sie diese Position?

CDU/CSU	<p>Im Transformationsprozess wächst die Bedeutung digitaler Lehr- und Lernangebote. Daher wollen CDU und CSU die bestehenden und neuen digitalen Bildungsplattformen zu einem bundesweiten und europäisch anschlussfähigen Plattform-System verknüpfen. Die Plattform ist Kernstück eines neuen digitalen Bildungsraums für Deutschland und einer Modernisierung der Bildung insgesamt. Es geht darum, allen Menschen – vom Schulkind bis zum Rentner – den Zugang zu digital gestützten Bildungsangeboten zu erleichtern. Einen Schwerpunkt legen wir auf Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen. Es geht um das passende Angebot, das alle schnell finden und sicher nutzen können. Für die Entwicklung von Prototypen, Curricula und didaktischen Konzepten stellen CDU und CSU in einem ersten Schritt 150 Millionen Euro bereit.</p> <p>Mit dem „vhs-Lernportal“ fördert der Bund bereits eine digitale Lernplattform, auf der Lernende kostenfreie digitale Lernangebote finden, zum Beispiel in den Bereichen Alphabetisierung und Grundbildung.</p>
SPD	<p>Die SPD unterstützt diese Position. Zur digitalen Teilhabe gehört die Barrierefreiheit. Alle Bürger*innen sollen zur digitalen Selbstbestimmung befähigt werden. Wir brauchen ein Recht auf digitale Bildung und Weiterbildung für alle Generationen. Gerade die Volkshochschulen sind ideale Orte, um digitale Bildung für alle Bürger*innen zu ermöglichen – kostengünstig, barrierefrei, inklusiv. Wir werden die Volkshochschulen mit einem Förderprogramm des Bundes in ihrer Entwicklung unterstützen.</p>
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	<p>Wir GRÜNE wollen die Volkshochschulen und ähnliche öffentliche und gemeinnützige Bildungseinrichtungen als wichtige Partner der Weiterbildung unterstützen. Die öffentlich geförderte Weiterbildung braucht einen Digitalisierungsschub, um auch in Zukunft qualitativ hochwertige Fortbildungen entwickeln und vor Ort und im digitalen Raum anbieten können. Darin liegt die Chance für ein digitales Update einer ganzen Branche. Die Digitalisierung in der Weiterbildung erfordert eine starke öffentliche Beteiligung und ausreichend Mittel für die Ausstattung und Infrastruktur, insbesondere aber auch neue Kompetenzen der Lehrenden und Mitarbeitenden. Besonders wichtig sind dabei die Qualifizierung des Weiterbildungspersonals in der Kulturtechnik Digitalisierung und der Kompetenzaufbau bei der Entwicklung digitaler Kursinhalte und -formate.</p>
DIE LINKE	<p>Digitale Bildungsinfrastruktur wird zukünftig eine Form von Daseinsvorsorge darstellen. Für die Finanzierung zusätzlicher digitaler Ausstattung soll unter der Vergabebedingung 'öffentliche/ gemeinnützige Einrichtung' der Förderrahmen der einzelnen Bildungsmaßnahme erweitert werden. Dazu gehört auch, dass die IT-Infrastruktur an Volkshochschulen durch Fachpersonal betreut werden muss. Entsprechende Planstellen sollen kurz- und mittelfristig geschaffen werden. Die IT-Infrastruktur aller Volkshochschulen muss mit schnellen und leistungsfähigen Breitbandanschlüssen, WLAN für alle Lern- und Arbeitsräume und einer zeitgemäßen Hard- und Software-Ausstattung ausgebaut werden. Offene Software und Open Educational Resources (OER) sind auch zu fördern.</p>
FDP	<p>Die öffentliche Weiterbildungsfinanzierung wollen wir so weiterentwickeln, dass sie mehr Freiraum für neue digitale Lehr- und Lernformate bietet. Außerdem wollen wir Bildungseinrichtungen bei der Entwicklung qualitativ hochwertiger digitaler Lehre unterstützen. Daher setzen wir Freie Demokraten uns für die Schaffung einer Bundeszentrale für digitale Bildung ein. Diese soll in drei Säulen Aufgaben der Koordination, Qualitätssicherung und Vermittlung digitaler Bildung in Deutschland übernehmen. Die erste Säule stellt Informationen, Materialien und Kurse bereit, um bei Menschen aller Altersklassen das Verständnis über die Grundlagen der Digitalisierung, aktuelle technische Entwicklungen und gesellschaftliche Debatten zu fördern, damit sie als aufgeklärte und verantwortungsvolle Bürgerinnen und Bürger in einer digitalisierten Welt agieren können. Die zweite Säule ist die Beurteilung und Zertifizierung von digitalen Lehr- und Lernmitteln hinsichtlich rechtlicher und pädagogischer Mindeststandards. Die Ergebnisse werden in einer Positivliste (Weißliste) für Bildungssoftware zusammengefasst und in einer digitalen Bibliothek bereitgestellt. Bildungsinstitutionen können Anfragen zur Prüfung an die Bundeszentrale richten, die sie zügig bearbeitet. Die dritte Säule befasst sich mit der digitalen Transformation des Bildungswesens und hierbei konkret mit digitaler Didaktik und der Aus- sowie Fortbildung von Lehrenden aller Bildungsinstitutionen zur Implementierung digitaler Lernstrategien. Dabei sollen sowohl konkrete Angebote für Lehrende zur Weiterbildung angeboten als auch Konzepte der Lehre und Schule der Zukunft erarbeitet und in Zusammenarbeit mit den Kultusministerien der Länder umgesetzt werden.</p>

Unsere Forderung: Digitalisierung des Bildungswesens als Gemeinschaftsaufgabe verstehen

Die Digitalisierung des Bildungswesens muss als Gemeinschaftsaufgabe verstanden und umgesetzt werden. Die Herausforderungen des Digitalen Wandels in der Weiterbildung sind nur in einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen zu meistern. Inwiefern unterstützen Sie diese Position?

CDU/CSU	Zur strukturellen Modernisierung unseres Staates gehört für CDU und CSU ein moderner Föderalismus. Daher wollen wir in der nächsten Legislaturperiode in einer Föderalismusreform einen neuen Zukunftspakt zwischen Bund, Ländern und Kommunen schmieden. Wir werden alle Bund-Länder-Projekte auf den Prüfstand stellen, eine Analyse der staatlichen Aufgaben erstellen und den Grundsatz der Subsidiarität konsequent anwenden. Der Föderalismus muss passgenaue Lösungen vor Ort bieten, die die Vielfalt unseres Landes widerspiegeln und gleichzeitig effizient sind. Dazu brauchen wir neue Kooperationsformen zwischen den Ländern, um den Herausforderungen wie die Digitalisierung der Bildung zu begegnen.
SPD	Die SPD unterstützt diese Position. Wir werden weiterhin dafür sorgen, dass der Bund, die Länder und Kommunen bei der Digitalisierung des Bildungswesens für alle Altersstufen beteiligt.
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Wir GRÜNE wollen gemeinsam mit Ländern und Kommunen dafür sorgen, dass alle Bildungseinrichtungen von der Kita bis zur öffentlichen Weiterbildung so aufgestellt sind, dass sie die Herausforderungen des digitalen Wandels meistern und qualitativ hochwertige Bildung anbieten können. Weiterbildung betrachten wir als wichtige Säule des Bildungswesens und wollen sie mit gezielten Investitionen und einer grundlegenden Reform der Strukturen fit für die Anforderungen einer Gesellschaft im Wandel machen. Wir wollen das vielfältige Beratungsangebot in regionalen Bildungsagenturen bündeln, eine zentrale Online-Plattform für Bildungsangebote schaffen, und die finanzielle Förderung von Fort- und Weiterbildungen mit einem Weiterbildungsgeld und einem Weiterbildungs-BAföG so verbessern, dass keine sinnvolle Weiterbildung an fehlendem Geld oder mangelnder Unterstützung durch die Arbeitgeber*in scheitert.
DIE LINKE	Wir wollen, dass Bund, Länder und Kommunen in Schule, Bildung und Weiterbildung zusammenarbeiten können. Durch das Kooperationsverbot ist das nur eingeschränkt möglich. Wir wollen das Verbot komplett aufheben und Bildung als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz verankern. Nur so können die Herausforderungen des Digitalen Wandels in der Weiterbildung gemeistert werden. Zudem fordern wir die Länder auf, in allen Ländern Weiterbildungsgesetze zu erstellen, die zu einer verlässlichen Förderung von Weiterbildungsangeboten zu gesetzlich festgelegten Konditionen und Qualitätsstandards bei unterschiedlichen Trägern führen – auch im Bereich der digitalen Ausstattung.
FDP	Die digitale Transformation ist eine der größten Chancen und Herausforderungen unserer Zeit. Wie wir sie gestalten, wird unser Leben für lange Zeit prägen. Deutschland braucht endlich Tempo bei der Digitalisierung, um seine Chancen auf Fortschritt nicht zu verspielen. Gerade die Coronakrise hat gezeigt, dass Deutschland bei der Digitalisierung – vor allem auch im Bildungsbereich – aufholen muss. Das erfordert in der Tat eine gemeinsame Kraftanstrengung aller politischen Ebenen. Deshalb fordern wir einen Digitalpakt 2.0, der die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten der Kooperation von Bund und Ländern im Bildungsbereich vollständig nutzt. Zusätzlich zur Technik muss auch in IT-Administratorinnen und IT-Administratoren, Dienstgeräte für Lehrkräfte, digitales Lernmaterial sowie Fortbildungen investiert werden.